

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Wünsche und Klagen der Reichspostbeamten.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)  
So. Berlin, 10. Januar.

Die beiden vorangegangenen Sitzungstage waren Vorpostengeplänkel, keine Reibereien, wie sie bisweilen zur Stärkung der Freundschaft notwendig sind. Heute sah es schon etwas ernster aus, und Staatssekretär Delbrück mußte manches höfliche Wort von dem Zentrum entgegennehmen, bieweil er vom Zentrumsmann Lehrenbach dazu bramiert, die bayerische Regierung, die bekanntlich den Pforsheimer Vortrag des Jesuiten Cohaus verboten hatte, in Schutz nahm.

Dann beriet man die Denkschrift über die Post- und Telegraphenbeamten weiter. Der nationalliberale Abgeordnete Heider-Heidelberg fand hier recht energische Worte gegen die Regierung, aber auch eine gute Resonanz im Hause, so namentlich, als er vorschlug, der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen, einfach Mittel zur Aufbesserung der Postbeamten in den Etat einzustellen und abzumachen, ob die Regierung es wagen werde, sich einem solchen Reichstagsbeschlusse zu widersetzen. Anderen und herzlicheren Beifall errang jedoch Herr Dr. Dertel, freilich nur Weiterleitungsfolge, die aber aus vollem Herzen. Der fortschrittliche Abgeordnete Dübisch war in seiner Eigenschaft als Generalsekretär mittlerer Post- und Telegraphenbeamten der geeignete Mann, um das Thema aus der Fülle seiner Kenntnis heraus zu erschöpfen. Er betonte besonders die Unruhe und die Unzufriedenheit, die in den Reihen der Beamten herrsche, der von der Regierung vorgelegten Denkschrift erkannte er jeglichen Wert ab. Sie sei nichts als ein schlechtes Klage- frührer Denkschrift aus den Jahren 1909 und 1906. Der Reichsparteiler Gamp suchte etwas Del auf die stürmischen Wogen zu geben und die Schuld von der Regierung auf den Reichstag selbst zu wälzen. Die Entgegnung des Staatssekretärs Kräfte auf die Vorwürfe war zwar an manchen Stellen recht scharf in der Form, wurde aber dadurch nicht loslicher. Das, was der fortschrittliche Abg. Dübisch an Kritik vorgebracht hatte, erklärte der Staatssekretär als durchaus unzulässig, ein Unbegründet, der eine energische Abwehr des angegriffenen Bedners herbeiführte, worauf Herr Kräfte in seinem Ehrgefühl getränkt, durch heftige Gesten und Faustschläge auf das Rednerpult seine Ansicht unterstrich. Präsident Rämpf sah sich genötigt, den fortschrittlichen Abgeordneten in Schutz zu nehmen, indem er darauf hinwies, daß sein Kollege Dove, der vorher verhindert hatte, als die Neuierungen des Abgeordneten Dübisch seien, seinen seiner Ausdrücke irgendwie beanstandet habe.

In der folgenden Stunde begann man noch vor fast leeren Bänken bei der Beratung der Novelle zum Handelsgeheimnis die Bestimmungen über die vielgerühmte Konkurrenzklausel. Ueber die Begründungsrede des Staatssekretärs kam man in dessen nicht hinaus.

## Sitzung des Reichstages vom 10. Januar.

Präsident Rämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Auf eine Anfrage des Abg. Lehrenbach (Ztr.) betr. Verbot eines Vortrags des Jesuiten Cohaus in Pforzheim durch das bayerische Ministerium erwidert Staatssekretär Delbrück: Da angenommen wurde, daß der Vortrag religiöse Gebiete berührt, entspricht die Entscheidung dem Bundesratsbeschlusse vom 2. November. Die Entscheidung, ob diese Annahme zutrifft, liegt nicht dem Reichskanzler, sondern den Landesbehörden zu. Die Schwierigkeit für eine gleichmäßige Handhabung der Vorschriften liegt darin, daß ihre Durchführung sich auf vorübergehende Maßregeln beschränken muß.

Auf eine Anfrage des Abg. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.) betr. die Zulassung von Universitäten erwidert Direktor Oswald: Hier sind die Einzelstaaten zuständig. Eine reichsrechtliche Regelung ist nicht beabsichtigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Koch (Soz.) betr. die Typhusepidemie in Danau erwidert Generalsekretär Schmidt: Die Epidemie ist wahrscheinlich eingeschleppt worden. Es geschah alles, um ein Weitergreifen zu verhindern und es gelang auch die Krankheit auf ihren Ursprung zu beschränken.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Beamtenorganisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Andhoff (Ztr.): Die Denkschrift drückt die Obersekretäre und Postmeister aus der oberen in die mittlere Beamtenklasse herab. Den älteren Postassistenten muß die wiederholt geforderte Zulage von 300 Mark bewilligt werden. Beamtenauschüsse müssen geschaffen werden für die Unterbeamten, die ein Gehalt von 1200 bis 1800 Mark erhalten. Die Bezüge der Postagenten sollten nach dem Maße der Beschäftigung geregelt werden.

Abg. Heider-Heidelberg (natl.): Die Postverwaltung muß angeben, warum sie nicht auf andere Forderungen eingeht. In der Beamtenfrage herrschen Unzufriedenheit und Mißmut. Es müssen Beamtenauschüsse geschaffen werden. Die Assistenten, die nicht Sekretäre werden können, sollte man nicht herabdrücken. Die Unterbeamten müssen in besser besetzte Stellen einrücken. Das Wohnungsgeld sollte differenziert werden je nach der Größe der Familie. Wir danken der Beamtenklasse für ihre Arbeitsfreudigkeit.

Abg. Dertel (natl.): Die Besoldungsordnung ist vielfach hässlich. Der Staatssekretär sollte den älteren Assistenten die gewünschte Zulage gewähren. Theoretisch unterschreibe auch ich die Forderung auf Aufbesserung der Gehälter für die Unterbeamten. Sympathisch ist mir der Gedanke einer Kinderzulage.

Abg. Dübisch (fortschr. Vgl.): Die Besoldung der Postbeamten ist im Vergleich zu den anderen Beamtenkategorien ungenügend. Die Ueberschüsse der Verwaltung werden auf Kosten der Beamten gemacht.

Abg. Kräfte (natl.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit der Schaffnerklasse ist notwendig. Bei den Postassistenten sind viele Funktionen heraus, die weibliche Angestellte oder geborene Unterbeamte erledigen könnten.

Staatssekretär Kräfte: Ich freue mich, daß fast alle Redner den Postbeamten ihre Anerkennung ausgesprochen haben. Das entspricht auch meiner Auffassung. Ferner danke ich auch für die Zurückhaltung in der Kritik, die an der Denkschrift geübt worden ist. Auf einzelne Anregungen und Angriffe will ich in der Kommission näher eingehen, nur auf ein paar Neuierungen muß ich gleich eingehen. Ich kann weder anerkennen, daß bei den Abnennungsverhältnissen Mißstände bestehen, noch, daß die Beamten nicht zu ihrem Rechte kämen. Wenn Sie einen Vergleich zwischen den Post- und anderen Beamten ziehen und in Betracht ziehen, welche Anforderungen wir an die Bewerber stellen, dann werden Sie zugeben, daß die Postkarriere nicht schlecht ist. Die Denkschrift hat nichts zu verschleiern. Ich vermute mich aber gegen die Kritik des Abg. Dübisch, als ob die Verwaltung mit Gehören und Wonne die Schilberung von einzelnen Zuständen geben werde. Woher kommt der Mut in der Verhandlung des Assistentenverbandes, zu behaupten, die Verwaltung mühe das Examen aus, um die Assistenten durchfallen zu lassen. Früher klang es in dem glei-

chen Organ ganz anders. Unsere Maßnahmen können sich nichts darum kümmern, ob sie allen Teilen angenehm sind. Für uns gelten allgemeine Gesichtspunkte. (Beifall rechts.)

Abg. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.): Eine große Mißstimmung unter den Postbeamten kann nicht geleugnet werden. Die Kunst zu sparen scheint in der Postverwaltung ganz besonders geübt zu werden.

Abg. Winder (Natl.): Die Postbeamtengehälter müssen geregelt werden, wie es der Reichstag wiederholt schon verlangt hat. Die große Anzahl der weiblichen Angestellten ist eine unerfreuliche Erscheinung.

Abg. Werner (Natl.): Die Klagen der unteren Postbeamten sind nicht unberechtigt. Fürs Achtel der Assistenten haben damit zu rechnen, daß ihnen ein weiteres Abnennament unmöglich ist.

Abg. Dübisch-Dierbarnim (fortschr. Vgl.): Der Staatssekretär hat meine Kritik als unzulässig erklärt. Demgegenüber darf ich entschieden betonen, daß es nicht meine Sache ist, darüber zu entscheiden, sondern Sache des Herrn Präsidenten. (Beifall links.)

Von meinen Worten nehme ich kein Jota zurück. Durch den Herrn Staatssekretär werde ich mich nicht in meiner weiteren Tätigkeit beirren lassen. (Beifall links.)

Staatssekretär Kräfte: Nach wie vor muß ich eine beratende Kritik als unzulässig bezeichnen. (Lärm links.) Es ist unzulässig, eine Verwaltung zu verächtlichen, als ob sie unlautere Mittel ihren Beamten gegenüber gebrauche. (Erneuter Lärm links.) Solche Kritik erkläre ich nochmals für unzulässig. (Erneuter großer Lärm.)

Präsident Rämpf: Der amtierende Vizepräsident hat die Worte des Abg. Dübisch als zulässig betrachtet und ist nicht dagegen eingeschritten. Ich muß diesen Standpunkt des Vizepräsidenten Dove als vollständig begründet bezeichnen. (Beifall anhaltender Beifall und Bravorufe links.)

Damit schließt die Debatte. Die Denkschrift geht an die Subkommission. Es folgt die erste Lesung der Novelle zum Handelsgeheimnis.

Staatssekretär Biele (unter anhaltender Unruhe im Hause): Anerkannt worden ist, daß mit der Konkurrenzklausel Mißbrauch getrieben und den Gehilfen vielfach das weitere Fortkommen weit über das berechtigte Interesse der Prinzipale hinaus erschwert wird. In Zukunft sollen die Konkurrenzbestimmungen nur angewandt werden, wenn eine Erleichterung des Fortkommens der Gehilfen ausgeschlossen ist. Am mehr als drei Jahre darf sich die Beschränkung nicht erstrecken.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr: Fortsetzung; es folgen: Jagdgesetz. Schluß 6 1/2 Uhr.

v. Berlin, 10. Januar. (Originaltelegramm.) Der nationalliberale Abg. Dr. Thoma hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die die neue „Bayerische Staatszeitung“ betrifft.

Der Abgeordnete fragt, ob es richtig sei, daß die bayerischen Gesandtschaften im Auslande angewiesen seien, an der neuen „Staatszeitung“ mitzuwirken, und ob Vorzüge getroffen sei, daß die Behandlung von Fragen der Reichspolitik und insbesondere der auswärtigen Politik in offiziellen Organen der bayerischen Staatsregierung im Einklang mit den verantwortlichen Stellen der Reichsregierung erfolgt.

Der Abg. Dr. Müller-Reinigen (fortschr. Vgl.) hat folgende Anfrage eingebracht: Ist Sicherheit dafür geschaffen, daß ähnliche, der Konkurrenz widersprechende Konzeptionen, wie die der englischen Firma Dever Brothers eingebracht, seitens der bayerischen Regierung nicht mehr erteilt werden können und daß Beschränkungen des den Eingeborenen vertragsmäßig zustehenden Vorkaufsrechtes für die Zukunft ausgeschlossen sind?

v. Berlin, 10. Jan. (Originaltelegramm.) Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler gegenüber dem Reichstagspräsidenten den Wunsch ausgesprochen, der Reichstag möge die Beratung des Etats so beschleunigen, daß die Etatsberatungen möglichst schon Mitte Februar abgeschlossen werden können. In parlamentarischen Kreisen ist man natürlich übereinstimmend der Meinung, daß der Wunsch des Reichskanzlers unmöglich durchzuführen sei, da ja schon die Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern erlangungs-gemäß einige Wochen in Anspruch nimmt, von dem Militär- und Marineetat gar nicht zu reden. Lebensfalls geht aber aus den Erklärungen des Kanzlers hervor, daß die Regierung den Wunsch hat, den Reichstag diesmal besonders früh beizuschließen, wie man annimmt, mit Rücksicht auf die Landtagswahlen in Preußen.

Berlin, 10. Januar. In der heutigen Budgetkommission des Reichstages erklärte Reichsbankpräsident Gadowitz: Die Bestimmungen des Reichsanwalts sind bis zu drei Millionen Mark auszugeben, habe sich als fest erwiesen, die jedoch als möglich herabgesetzt werden sollte, damit den Bedürfnissen des Handels und Verkehrs der zunehmenden Bevölkerung u. s. w. Rechnung getragen werden könne. In den letzten 11 Jahren habe die Reichsbank 2 1/2 Milliarden, davon die Hälfte Gold, in den Verkehr bringen müssen. Es sei nötig, der Goldbestand der Bank weiter zu vermindern, solange nicht der ewige Friede gesichert sei. Deshalb sollten die Gebühren vermindert werden, auch im Hinblick auf eine stetige Diskontpolitik. Durch Ausgabe weiterer kleiner Noten sei eine Ersparnis von fast 400 Millionen Mark an Gold erzielt und der Goldbestand der Bank in hohem Maße erhöht worden. Das habe auch im Ausland Eindruck gemacht. Im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches müsse aber der Goldbestand auf mindestens 1200, besser 1500 Millionen gebracht werden. Die Wirren am Balkan hätten hohe Anforderungen an die Bank gestellt. Manche Kreise seien — als lebten wir noch in der Alt-Wäterzeit! — von einer Panik ergriffen worden, so daß von September bis Dezember die Bank 507 Millionen Gold, Rängen und Noten gegen 55 Millionen in früheren Jahren habe zur Verfügung stellen müssen. Durch größere Verwendung von Noten und Silber in Industrie und Landwirtschaft läne der Goldbestand gespart werden. Die Besorgen, daß bei Vermehrung der Noten die Goldreserven des Landes aufgefressen oder verringert werden, seien nicht haltbar.

v. Berlin, 10. Jan. Der Verein der Schuhwaren- und Lederinteressenten (Eingetragene Vereinigung) in Hamburg hat bei der Bundesregierung den Antrag gestellt, auf eine Ergänzung des Handelsgeheimnisses in der Richtung hinzuwirken, daß auch den Minderkaufleuten die Verpflichtung zur Führung von Geschäftsbüchern auferlegt wird. Die zuständigen Ministerien der einzelnen Bundesstaaten haben, wie die „Neue Pol. Korr.“ mitteilt, die Handelskammer zur Erstattung von Gutachten über diese Frage aufgefordert.

v. Berlin, 10. Jan. Der im Herbst bereits angekündigte Rücktritt des Chefs des Generalstabes der Armee scheint sich, wie das „Berl. Tagbl.“ meinet, demnächst vollziehen zu lassen. Als Nachfolger des Generals v. Rolitte gilt der Kommandant der 10. Division in Hannover, Generalleutnant v. Gumbel, der diesen Dienstgrad seit dem Herbst des Jahres 1909 inne hat, vier Jahre hindurch dem Generalstab angehört und als früherer Generalstabchef des ostpreussischen Expeditionskorps auch Kriegserfahrung hat. Generalleutnant v. Gumbel war seinerzeit als Generalstabchef beim ersten Armeekorps in Königsberg i. Pr.

In Gumbel hierin meldet das „Vollst. Bureau“: Berlin, 10. Januar. Wie wir von jenseitiger Seite erfahren, ist die Meldung eines hohen Beamten des Reichsministeriums für den Rücktritt des Chefs des Generalstabes der Armee, General v. Rolitte, richtig und der Zeit gestimmt.

Die Hauptpunkte. v. Berlin, 10. Januar. Bekanntlich hat das Reichsamt für den Deutschen Flugverkehr kürzlich die Inangriffnahme einer Reihe von Flugplätzen in Göttingen beschlossen, die nicht nur dem militärischen Zweck der Vergrößerung des Reichsflotten unterliegen werden. Es müssen auf Entfernungen von 130 bis 150 Kilometern über wegen Flugplätzen errichtet werden, wodurch für die Sicherheit der Flüge ganz erheblich gesorgt sein würde. Es dürfte insbesondere die Errichtung von Flugplätzen in den stillen Provinzen vordringlich sein, da dort Chancen für die Ausübung größerer Luftschiffahrt eingetretet sind, wie geeignete Unterkaufplätze für Luftschiffe, die im besten Deutschland in weit größeren Umfange vorhanden sind. Zum Beweise hierfür darf daran erinnert werden, daß der Wrightflieger Abraham Smith, als er von Berlin über Danzig nach Petersburg zog, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, da Flugengstlichkeiten, aber auch nur Orte, die von vornherein eine sichere Landung möglich gewesen wäre, nicht vorhanden waren. Als Landungsplätze und Flugplätzen werden die Orte Frankfurt a. O., Danzberg, Königsberg, Schneidemühl, Elbing, Jauer, Jauer, Kulin, Danzig und Allenstein ganz besonders geeignet sein, da es gerade in diesen Gegenden an Flugplätzen außerordentlich mangelte.

In Österreich würde auch in 24 oder 24 Stunden eine Expedition von Vercelli sein, mit entsprechenden Clappen nach Italien.

Kleine politische Meldungen. v. Berlin, 10. Januar. Die die „Neue Politische Correspondenz“ erzählt, hat für alle zum Verein der deutschen Ueberrheinischen schwingen schwingen Eisenbahnen eine einheitliche Verwaltung und ge-griffen, dahingehend, daß hinsichtlich auf Fahrpläne, Feste im gleichen Umfange wie auf Fahrplänen freigegeben werden sollen. Diese Maßnahme hat besonders Wert für den Verkehr zum Rhein mit den schweizerischen Bundesbahnen.

v. Für die am 9. Februar d. J. in Berlin stattfindende Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei ist folgende Tagesordnung vorgesehen: 1. Auswärtige Politik und Landesverwaltung, Referent Abg. Baffermann. 2. Fleischversorgung und innere Kolonisation, Referent Abg. Schiffer-Ragberg. 3. Erstattung des Jahresberichts 1912. Auswärtig.

v. Berlin, 10. Januar. Eine neue Art von Telefonleitungen soll Berlin erhalten. Der Magistrat stimmt in seiner heutigen Sitzung dem ihm unterbreiteten Vertrage in Bezug auf die Ueber-spannung der Straßen mit Telefonleitungen im Prinzip zu. Es handelt sich um telephonische Uebermittlung von Daten, Theateraufführungen, Konzerten und Partys. Das Reichsamt

## Deutsches Reich.

### Der Schwetzer deutsche Wahlausschuß gegen den „Vorwärts“.

□ Danzig, 10. Januar. In der „Danziger Zeitung“ veröffentlicht Dr. Keller aus Schwetzer folgenden energischen Protest gegen das angebliche vertrauliche Schreiben des deutschen Wahlausschusses bei der letzten Reichstagswahl in Schwetzer das von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist:

Am 7. d. Mts. konnte der „Vorwärts“ ein angeblich vertrauliches Schreiben des hiesigen deutschen Wahlausschusses veröffentlicht. Ich selbst gehöre als Wahlkreisobmann der nationalliberalen Partei dem hiesigen deutschen Wahlausschuß an, und erkläre im eigenen und im Namen vieler Mitglieder des Ausschusses, daß wir von der Existenz eines solchen vertraulichen Schreibens erst durch die Veröffentlichung des „Vorwärts“ Kenntnis erhalten haben. Sollte demnach ein solches Schreiben wirklich an bestimmte Personen abgegeben sein — darüber den Beweis zu erbringen, wird dem „Vorwärts“ überlassen —, so ist dies ohne unser Wissen und unter Mißbrauch des Namens unserer Vereinigung geschehen. Wir erklären dabei uneingeschränkt, daß wir zur Aufklärung und Abwendung eines solchen Schreibens niemals unsere Zustimmung gegeben haben würden, wie wir auch allen Maßnahmen, die zur Ungültigkeitserklärung der früheren Wahlen geführt haben sollen, durchaus fernstehen. Wir wollen selbstverständlich den Sieg des deutschen Kandidaten in unserem Wahlkreis und arbeiten mit allen unseren Kräften dafür. Wir wollen aber nur mit ehrlichen Waffen kämpfen und kämpfen, nur mit solchen. Demnach trifft uns der und gemachte Vorwurf, wir hätten mit verwerflichen Mitteln gehandelt, schwer und mit Unrecht. Wir fordern demnach den „Vorwärts“ auf, den Beweis seiner Behauptung mit Namensnennung anzutreten. Bis dahin müssen wir das bezügliche Schriftstück für eine Fälschung erklären, durch welche der „Vorwärts“ mißtraut ist. Vielmehr verhält es sich mit diesem Schreiben wie mit dem gerühmten Flugblatt, das bei der Hauptwahl von deutsch-feindlicher Seite an die deutschen Wähler verteilt wurde und denselben mitteilte, daß Herr Kantrat von Södem zurückgetreten und nunmehr Herr von Buchmann-Böckner der deutsche Kandidat wäre. Auch durch das zu frühe Bekanntwerden dieses Trübs ist damals eineenspaltung der deutschen Wähler verhindert worden.

Schwetzer, den 9. Januar. Dr. Keller.

Widerrit des Generalstabes? v. Berlin, 10. Jan. Der im Herbst bereits angekündigte Rücktritt des Chefs des Generalstabes der Armee scheint sich, wie das „Berl. Tagbl.“ meinet, demnächst vollziehen zu lassen. Als Nachfolger des Generals v. Rolitte gilt der Kommandant der 10. Division in Hannover, Generalleutnant v. Gumbel, der diesen Dienstgrad seit dem Herbst des Jahres 1909 inne hat, vier Jahre hindurch dem Generalstab angehört und als früherer Generalstabchef des ostpreussischen Expeditionskorps auch Kriegserfahrung hat. Generalleutnant v. Gumbel war seinerzeit als Generalstabchef beim ersten Armeekorps in Königsberg i. Pr.

In Gumbel hierin meldet das „Vollst. Bureau“: Berlin, 10. Januar. Wie wir von jenseitiger Seite erfahren, ist die Meldung eines hohen Beamten des Reichsministeriums für den Rücktritt des Chefs des Generalstabes der Armee, General v. Rolitte, richtig und der Zeit gestimmt.

Die Hauptpunkte. v. Berlin, 10. Januar. Bekanntlich hat das Reichsamt für den Deutschen Flugverkehr kürzlich die Inangriffnahme einer Reihe von Flugplätzen in Göttingen beschlossen, die nicht nur dem militärischen Zweck der Vergrößerung des Reichsflotten unterliegen werden. Es müssen auf Entfernungen von 130 bis 150 Kilometern über wegen Flugplätzen errichtet werden, wodurch für die Sicherheit der Flüge ganz erheblich gesorgt sein würde. Es dürfte insbesondere die Errichtung von Flugplätzen in den stillen Provinzen vordringlich sein, da dort Chancen für die Ausübung größerer Luftschiffahrt eingetretet sind, wie geeignete Unterkaufplätze für Luftschiffe, die im besten Deutschland in weit größeren Umfange vorhanden sind. Zum Beweise hierfür darf daran erinnert werden, daß der Wrightflieger Abraham Smith, als er von Berlin über Danzig nach Petersburg zog, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, da Flugengstlichkeiten, aber auch nur Orte, die von vornherein eine sichere Landung möglich gewesen wäre, nicht vorhanden waren. Als Landungsplätze und Flugplätzen werden die Orte Frankfurt a. O., Danzberg, Königsberg, Schneidemühl, Elbing, Jauer, Jauer, Kulin, Danzig und Allenstein ganz besonders geeignet sein, da es gerade in diesen Gegenden an Flugplätzen außerordentlich mangelte.

In Österreich würde auch in 24 oder 24 Stunden eine Expedition von Vercelli sein, mit entsprechenden Clappen nach Italien.

Kleine politische Meldungen. v. Berlin, 10. Januar. Die die „Neue Politische Correspondenz“ erzählt, hat für alle zum Verein der deutschen Ueberrheinischen schwingen schwingen Eisenbahnen eine einheitliche Verwaltung und ge-griffen, dahingehend, daß hinsichtlich auf Fahrpläne, Feste im gleichen Umfange wie auf Fahrplänen freigegeben werden sollen. Diese Maßnahme hat besonders Wert für den Verkehr zum Rhein mit den schweizerischen Bundesbahnen.

v. Für die am 9. Februar d. J. in Berlin stattfindende Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei ist folgende Tagesordnung vorgesehen: 1. Auswärtige Politik und Landesverwaltung, Referent Abg. Baffermann. 2. Fleischversorgung und innere Kolonisation, Referent Abg. Schiffer-Ragberg. 3. Erstattung des Jahresberichts 1912. Auswärtig.

v. Berlin, 10. Januar. Eine neue Art von Telefonleitungen soll Berlin erhalten. Der Magistrat stimmt in seiner heutigen Sitzung dem ihm unterbreiteten Vertrage in Bezug auf die Ueber-spannung der Straßen mit Telefonleitungen im Prinzip zu. Es handelt sich um telephonische Uebermittlung von Daten, Theateraufführungen, Konzerten und Partys. Das Reichsamt